



Eine zunehmende Zahl von Menschen ist unzufrieden mit der Realität unserer Demokratie, vor allem diejenigen, die sich nicht gehört und nicht beteiligt fühlen. Auch die Erfahrung, in einer stark ausdifferenzierten, wenn nicht gespaltenen Gesellschaft zu leben, trägt dazu bei. Hier kann politische Bildung einen wichtigen Beitrag leisten und Räume des Politischen schaffen, in denen sich Menschen austauschen und konstruktiv streiten können: über Fragen der eigenen Identität, zu Freiheit, Legitimität von Regeln und Vorstellungen von einem guten Leben. Denn tatsächlich verlangt ein Mehr an Diversität und Diversifizierung nicht weniger, sondern mehr Auseinandersetzung. Damit diese gelingt, sollte politische Bildung vielfältig im Alltag der Menschen präsent sein.

An increasing number of people are dissatisfied with the reality of our democracy, in particular those who do not feel heard or involved. The experience of living in a highly differentiated, if not divided, society also contributes to this. Citizenship education can make an important contribution here and create political spaces in which people can exchange ideas and engage in constructive debate: about questions of identity, freedom, the legitimacy of rules and ideas of a good life. After all, more diversity and diversification require more debate, not less. For this to succeed, citizenship education should be diverse and present in people's everyday lives.

E-Journal Einzelbeitrag
von: Helle Becker

Wir müssen reden

Ratschläge für politische Bildung in schwierigen Zeiten

aus: Politische Bildung – Neue Wege, neue Möglichkeiten (HBV2502W)
Erscheinungsjahr: 2025
Seiten: 76 - 82
DOI: 10.3278/HBV2502W009

Schlagworte: Politische Bildung; Demokratieverdrossenheit; Vielfalt; Citizenship education; dissatisfaction with democracy; diversity

Zitiervorschlag: Becker, Helle (2025). *Wir müssen reden. Ratschläge für politische Bildung in schwierigen Zeiten. Hessische Blätter für Volksbildung*, 75(2), 76-82. Bielefeld: wbv Publikation. <https://doi.org/10.3278/HBV2502W009>



Wir müssen reden

Ratschläge für politische Bildung in schwierigen Zeiten

HELLE BECKER

Zusammenfassung

Eine zunehmende Zahl von Menschen ist unzufrieden mit der Realität unserer Demokratie, vor allem diejenigen, die sich nicht gehört und nicht beteiligt fühlen. Auch die Erfahrung, in einer stark ausdifferenzierten, wenn nicht gespaltenen Gesellschaft zu leben, trägt dazu bei. Hier kann politische Bildung einen wichtigen Beitrag leisten und Räume des Politischen schaffen, in denen sich Menschen austauschen und konstruktiv streiten können: über Fragen der eigenen Identität, zu Freiheit, Legitimität von Regeln und Vorstellungen von einem guten Leben. Denn tatsächlich verlangt ein Mehr an Diversität und Diversifizierung nicht weniger, sondern mehr Auseinandersetzung. Damit diese gelingt, sollte politische Bildung vielfältig im Alltag der Menschen präsent sein.

Stichwörter: Politische Bildung; Demokratieverdrossenheit; Vielfalt

Abstract

An increasing number of people are dissatisfied with the reality of our democracy, in particular those who do not feel heard or involved. The experience of living in a highly differentiated, if not divided, society also contributes to this. Citizenship education can make an important contribution here and create political spaces in which people can exchange ideas and engage in constructive debate: about questions of identity, freedom, the legitimacy of rules and ideas of a good life. After all, more diversity and diversification require more debate, not less. For this to succeed, citizenship education should be diverse and present in people's everyday lives.

Keywords: Citizenship education; dissatisfaction with democracy; diversity

Der Zweifel vieler Menschen an der Gestaltungskraft von Politik, der gleichzeitige Unwille, politische Entscheidungen zu akzeptieren, der Wunsch nach individueller Freiheit, gepaart mit einer Sehnsucht nach Einigkeit, aber Gleichgültigkeit gegenüber Gemeinwohl und Mitmenschlichkeit – unsere Gesellschaft ist aktuell von Widersprüchen geprägt, die nach Erklärungen und Lösungen verlangen.

Widersprüche zwischen Wunsch und Wirklichkeit konstatiert auch die aktuelle Leipziger Autoritarismus-Studie (Decker et al. 2024). Während die Idee der Demokratie in Deutschland bei 90,4 Prozent der befragten Bevölkerung große Zustimmung erfährt, sind mit der „Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert“, nur insgesamt 42,3 Prozent zufrieden. In Ostdeutschland sinkt diese Zustimmung auf dramatische 29,7 Prozent (Decker et al. 2024, S. 73 f.).

Dabei sind es vor allem diejenigen, die sich nicht gesehen, nicht gehört, nicht beteiligt fühlen, die kritisch zur Demokratie stehen, wie auch der Demokratiebericht Nordrhein-Westfalen feststellt: „Je benachteiligter sich Menschen fühlen und je weniger sie sich als Teil der Gemeinschaft wahrnehmen, desto wahrscheinlicher stellt sich ein Gefühl der Unzufriedenheit mit ihren Lebensbedingungen ein. Das überträgt sich auch auf die Einstellung zur Demokratie und kann bis zur Ablehnung des demokratischen Systems führen“ (LpB NRW 2023, S. 5). „Das Gefühl hat (...) Effekte auf nahezu alle politischen Einstellungen und das politische Verhalten. Es wirkt sich beispielsweise negativ auf die Wahlteilnahme aus“ (LpB NRW 2023, S. 34). Dabei zeigt sich, dass es gar nicht so sehr um objektive soziale Zuordnungen oder Gegebenheiten gehen muss, sondern vor allem um den subjektiven Eindruck, „persönlich im Vergleich zu anderen weniger als den gerechten Anteil am Lebensstandard zu bekommen“ (LpB NRW 2023, S. 34). Die Einstellung findet man daher nicht nur bei tatsächlich sozial oder ökonomisch Benachteiligten, sondern auch bei Menschen aus der Mittelschicht.

Die aktuelle „Mitte-Studie“ (Zick et al. 2023) führt dies u. a. auf die Enttäuschung eines Leistungsversprechens einer neoliberalen Leistungsgesellschaft zurück (Zick et al. 2023, S. 243), die Autoritarismus-Studie auf eine „Involvierungsverdrossenheit“ (Decker et al. 2024, S. 195), das Gefühl, politisch einflusslos zu sein (Ostdeutsche: 78 Prozent, Westdeutsche: 70 Prozent) und die Überzeugung, dass es sinnlos sei, sich politisch zu engagieren (Ostdeutsche: 72 Prozent, Westdeutsche: 62 Prozent) (s. ebd.).

1 Es gibt Gesprächsbedarf

Es liegt nahe, in dieser Situation nach politischer Bildung zu rufen. Es liegt ebenfalls nahe, mit einer Art Richtigstellung zu reagieren, mit Aufklärung über Grundlagen und Grundwerte der politischen Ordnung, Möglichkeiten und Unzulänglichkeiten der Demokratie. Immerhin tragen auch Desinformation und Populismus dazu bei, dass Un- und Falschwissen über Demokratie und ihr Funktionieren im Umlauf sind.

Aufklärung allein aber unterschätzt, was sich Menschen von der Demokratie erhoffen und welche (anderen) Antworten politische Bildung bereithalten könnte. Das wird deutlich, wenn man sich weitere Ergebnisse des Demokratieberichts Nordrhein-

Westfalen anschaut. Menschen verbinden mit Demokratie Meinungs- und Pressefreiheit (98 Prozent), Chancengleichheit (95 Prozent), Respekt vor Andersdenkenden (96 Prozent), Kompromissfähigkeit bei politischen Entscheidungen (96 Prozent) und das offene Austragen von Konflikten (90 Prozent). Alle diese Erwartungen betreffen die Sphäre des Politischen. Damit sind, in Anlehnung an Hannah Arendt, die Möglichkeiten gemeint, „in der öffentlichen Sphäre (...) anderen Menschen in Pluralität zu begegnen und in Freiheit sprechend und handelnd miteinander die gemeinsame Welt zu gestalten“ (Gloe und Oeftering 2020, S. 91). Der Wunsch und der Bedarf nach Austausch und Beteiligung richten sich also nicht nur auf die „große“ Politik, sondern auch auf den Alltag. Nicht von ungefähr zeigen alle genannten Studien einen negativen Zusammenhang zwischen sozialer Isolation, sozialem Zusammenhalt und politischer Teilhabe. „Einsame Menschen neigen signifikant eher zu Populismus (...) und Verschwörungsmythen“ (Decker et al. 2024, S. 349).

Das Gefühl, in einer gespaltenen – oder auch stark ausdifferenzierten – Gesellschaft zu leben, führt nicht selten zu Verunsicherung und Sehnsüchten nach einer hegemonial gedachten Identität (wie einer Leitkultur) oder, radikaler, einer einigenden starken Partei oder einem Anführer (s. Decker et al. 2024, S. 184). In dem Zusammenhang ist es alarmierend, wenn laut aktueller Politikpanel-Umfrage der Universität Freiburg 74 Prozent der Befragten die Spaltung der Gesellschaft als die bedrohlichste Krise nannten (Wagschal und Jäckle 2024, S. 4), noch vor dem Ukrainekrieg, der Klimakrise, Migration/Zuwanderung, Inflation und Staatsverschuldung.

Tatsächlich aber verlangt mehr Diversität und Diversifizierung nicht weniger, sondern mehr Auseinandersetzung: „Auseinandersetzungen wie die derzeitige“, so schreibt der Forschungsverbund „Gesellschaftlicher Zusammenhalt und interkulturelle Integration“ Chemnitz – Dresden – Görlitz – Leipzig – Rothenburg, „sind systemisch notwendig. Unterhalb der Ebene verfasster Staatlichkeit laufen stets eine Vielzahl gesellschaftlicher Transformationsprozesse ab, die von Zeit zu Zeit die Machtverteilung in Frage stellen und nach Grundsatzdiskursen verlangen. Eine parlamentarische Demokratie gelangt (dann) aber an ihre Grenzen, wenn die Vielschichtigkeit der gesellschaftlichen Transformationsprozesse nicht hinreichend abgebildet wird in zyklisch-ritualisierten Wahlkämpfen“ (Forschungsverbund Gesellschaftlicher Zusammenhalt und interkulturelle Integration¹). Das bedeutet auch: Es ist „die Aufgabe der Demokratie, sich mit diesen (unterschiedlichen Gesinnungen) auseinanderzusetzen – in den demokratischen Arenen, die dafür eingerichtet werden, der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft“ (Decker et al. 2022, S. 16).

1 <https://www.philol.uni-leipzig.de/sorabistik/forschung/forschungsverbund>.

2 Politische Bildung in schwierigen Zeiten?

Die Schlussfolgerungen für politische Bildung liegen auf der Hand: Sie sollte mehr Räume des Politischen schaffen, in denen sich Menschen austauschen und miteinander konstruktiv streiten können: über Fragen der eigenen Identität, zu Freiheit, Legitimität von Regeln und Vorstellungen von einem guten Leben. Wer wäre besser geeignet, dadurch Bildungsgelegenheiten zu schaffen, mit denen Menschen darin gestärkt werden, sich friedlich auseinanderzusetzen, sich dabei eine differenzierte Meinung zu bilden, politische Urteile zu fällen und politische Handlungsfähigkeit zu gewinnen? Dass die Auseinandersetzung mit anderen nicht nur eine Erwartung, sondern auch ein Faktor für Bildungswirkungen ist, zeigt eine Analyse, die wir zurzeit in der *Fachstelle politische Bildung* vornehmen. Unter den acht in aktuellen Studien meistgenannten Wirkungsbedingungen für politische Bildung sind: Kontrasterfahrungen, Auseinandersetzung mit vielfältigen Perspektiven, Austausch mit Teilnehmenden aus unterschiedlichen Milieus.

3 Politische Bildung neu orientieren

Damit dies gelingt, muss politische Bildung vielfältig und im Alltag der Menschen präsent sein und es müssen alte Vorstellungen überdacht werden.

So ist es nach wie vor eine verbreitete Annahme, dass verhältnismäßig wenige Menschen politische Bildungsangebote nutzen, weil sich so viele nicht für Politik interessieren – und durch politische Bildung erst dazu angeregt werden müssten. Neueste Umfragen zeigen jedoch deutlich politisches Interesse in der Bevölkerung. Das Politikinteresse Jugendlicher im Alter von 15 bis 24 Jahren stieg seit 2002 von 34 auf 55 Prozent im Jahr 2024 (Albert et al. 2024, S. 44). In NRW geben 77 Prozent der Bevölkerung ab 14 Jahren an, sich für das politische Geschehen zu interessieren (LpB NRW 2023, S. 35).

Der Großteil der Bevölkerung kann daher nicht als „politikfern“ gelten, wird aber dennoch von politischer Bildung nicht erreicht. Auch aus anderen Gründen sollte das Narrativ von den politikfernen Zielgruppen auf den Prüfstand. Zwar zeigen nach wie vor Männer ein stärkeres Interesse als Frauen, ältere Menschen ein stärkeres als junge, Abiturientinnen und Abiturienten sowie Hochschulabsolventinnen und -absolventen ein stärkeres als Menschen mit formal niedrigerer Bildung (s. LpB NRW, 2023, S. 35). Gleichzeitig sind es aber vor allem zwei Bevölkerungsgruppen, die sich signifikant stärker für Politik interessieren: Menschen mit Migrationsbiografie sowie Anhänger:innen der AfD (LpB NRW 2023, S. 35). In beiden Gruppen ist der Anteil derjenigen, die als „depraviert“ gelten können, also mit dem eigenen Lebensstandard und ihrer Repräsentanz in der Politik unzufrieden sind, am höchsten (s. LpB NRW 2023, S. 32 und 65 f.).

Selbst die Vorannahme, dass sich grundsätzlich nur wenige Menschen für politische Bildung interessieren, muss revidiert werden. In der Befragung für den Demo-

kratiebericht NRW konnten sich 83 Prozent der Bürger:innen vorstellen, Angebote politischer Bildung wahrzunehmen. Die Erwartungen dieser 83 Prozent entsprechen der hier referierten Erkenntnisse. Bürger:innen erwarten,

- dass ihnen Wissen über politische Prozesse und Themen vermittelt wird,
- dass sie durch politische Bildung in die Lage versetzt werden, aktiv an politischen Diskussionen teilzunehmen und politische Entscheidungen mit zu beeinflussen,
- dass politische Bildung dazu beiträgt, die Qualität des öffentlichen Diskurses zu verbessern und die politische Teilhabe zu befördern.

Die Distanzierung von der Demokratie ist hoch, quer durch die Bevölkerung. Unser Augenmerk darf sich deswegen nicht (nur) auf spezielle, quasi „Ausnahme“-Zielgruppen richten, sondern auf die 77 Prozent Politikinteressierten – ganz zu schweigen von denjenigen, die sogar ein Interesse an Angeboten und Gelegenheiten formulieren. Die meisten davon verbinden, wie die Studienlage zeigt, ihr Interesse an Politik, bewusst oder unbewusst, sehr stark mit ihrem Alltag. Sie empfinden ihre persönlichen Wünsche, Bedürfnisse und Vorstellungen keineswegs als „politikfern“, sondern als Erwartungen an das eigene Leben und Ansprüche an die Demokratie.

4 Was kann politische Bildung konkret tun?

In politischen Bildungsangeboten können mittels Begegnungen von realen Menschen besondere Gesprächs- und Debattensituationen arrangiert werden, die sich von Diskussionen in Online-Kommentarspalten oder digitalen Netzwerken unterscheiden. Sie können (und müssen) moderiert werden und ermöglichen zwar kontroverse, aber differenzierende, respektvolle Dialoge. Das ist nicht immer einfach. Aber gerade deswegen verdienen diesbezügliche Erfahrungen und das fachliche Know-how politischer Bildungsträger mehr Beachtung und Verbreitung.

Solche Arrangements gelingen schon jetzt: in Café-Runden oder Beratungs-Sprechstunden, Mittagspausen-Gesprächen im Betrieb, Fahrradtouren, Demokratiewerkstätten und Stadtteilgestaltung, Online-Möglichkeiten – immer und von überall zugänglich und an individuelle Zeitressourcen angepasst nutzbar, „intervallartige“ politische Bildung, also kurze Angebote in kurzen Abständen zu verschiedenen nachgefragten Themen, ebenso wie die Begleitung langfristiger Beteiligungsprojekte.

Politische Bildung kann Arenen dort schaffen, wo der Bedarf nach Auseinandersetzung aufkommt: im Betrieb, in Vereinen, im Schrebergarten, auf dem Sportplatz, in Integrations-, Alphabetisierungs-, Grundbildungs- und PC-Kursen, im Bürgertreff, bei der Stadtplanung, am Büdchen. Dafür kooperieren Träger politischer Erwachsenenbildung mit Partnern aus der Sozialen Arbeit, Gesangs- und Schützenvereinen, Kegelklubs, Medienschaffenden, dem Stadttheater, der freiwilligen Feuerwehr, Betrieben oder der lokalen Politik. Diese Gelegenheiten sind kein Vehikel oder Umweg, erst recht nicht für sogenannte bildungsferne oder politikferne Menschen, sondern ein

Königsweg, um grundsätzlich *alle* Bürger:innen in die Lage zu versetzen, sich selbst politisch zu bilden, Politik zu verstehen, um aktiv an politischen Diskussionen teilzunehmen und politische Entscheidungen mit zu beeinflussen.

Aber um mehr und breiter gestreut solche Angebote machen zu können, ist ein Perspektivwechsel notwendig. Bürgerinnen und Bürger haben keine Holschuld – und es kann äußerst kontraproduktiv sein, vorab zu bestimmen, was die Themen der Teilnehmenden sein sollten. Vielmehr sollte politische Bildung im Alltag „abrufbar“ sein für das, was gerade auf den Nägeln brennt, in der Öffentlichkeit steht, das eigene Leben betrifft.

Für einen solchen Perspektivwechsel muss man vermutlich weniger bei den Trägern, als vielmehr in der Politik werben. Denn träge und formalisierte Förderbedingungen machen es enorm schwer, hybride, fluide, sehr kurze oder sehr lange Formate oder offene Komm- und Geh-Strukturen umzusetzen oder Ergebnisse nicht vorab festzulegen. Politisch muss darum gekämpft werden, dass sich die Förderpolitik nach den Bedürfnissen der Menschen richtet, nicht umgekehrt. Auch darüber müssen wir reden.

Literatur

- Albert, M., Quenzel, G., de Moll, F., Leven, I., McDonnell, S., Rysina, A., Schneekloth, U. & Wolfert, S. (2024). *Jugend 2024–19. Shell Jugendstudie. Pragmatisch zwischen Verdrossenheit und gelebter Vielfalt*. Beltz Verlag.
- Decker, O., Kiess, J., Heller, A. & Brähler, E. (Hrsg.) (2024). *Vereint im Ressentiment. Leipziger Autoritarismus Studie 2024*. Psychosozial-Verlag. <https://doi.org/10.30820/9783837962864>.
- Gloe, M. & Oeftering, T. (2020). Didaktik der politischen Bildung. Ein Überblick über Ziele und Grundlagen inklusiver politischer Bildung. In D. Meyer, W. Hilpert & B. Lindmeier (Hrsg.), *Grundlagen und Praxis inklusiver politischer Bildung*, 87–132. Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Band 10230.
- Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen (LpB NRW) im Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2023). *Zweiter Demokratiebericht. Politische und demokratische Lebenswelten der nordrhein-westfälischen Bevölkerung in 2023*.
- Wagschal, U. & Jäckle, S. Unter Mitarbeit von Timmis, K. T. (2024, 31. Juli). *Politikpanel Deutschland. Ausgewählte Ergebnisse der Politikpanel Deutschland Umfrage Juli 2024*. https://www.politikpanel.uni-freiburg.de/docs/Auswertung_PPD_Juli_2024.pdf.
- Zick, A., Küpper, B. & Mokros, N. (Hrsg.) (2023). *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*. Verlag J. H. W. Dietz Nachf.

Autorin

Dr.in Helle Becker, Geschäftsführerin von Transfer für Bildung e.V. und Leiterin von Expertise & Kommunikation für Bildung, Lehrbeauftragte an der Universität Hildesheim und der TH Köln.

Review

Dieser Beitrag wurde nach der qualitativen Prüfung durch die Redaktionskonferenz am 23. Januar 2025 zur Veröffentlichung angenommen.

This article was accepted for publication following a qualitativ review at the editiorial meeting the 23th of January 2025.